

QUARTALSBERICHT

Projektland: Ecuador

Quartal/Jahr: I/2011

SCHLAGZEILEN

1. „Vertraut mir!“ - Ein Stimmungstest mit Folgen

Zehn Fragen umfasst der Katalog zur sogenannten „consulta popular“, dem anstehenden Referendum. Am 7. Mai diesen Jahres sind die wahlberechtigten Bürger Ecuadors aufgefordert, über mehrere Vorschläge zur Verfassungsänderung sowie einige weitere, allgemeinere Fragen zu entscheiden. (Seite 2)

2. Wikileaks erreicht Ecuador

Die Veröffentlichung interner Dokumente des US-Außenministeriums durch Wikileaks zeigt jetzt auch Auswirkungen auf die amerikanisch-ecuadorianischen Beziehungen. Die US-Botschafterin Heather Hodges wurde aufgefordert, das Land zu verlassen. Die USA antworten mit gleicher Münze. (Seite 7)

3. Teile und verliere!

Die Selbstzerfleischung der indigenen Verbände hat einen weiteren, unrühmlichen Höhepunkt erreicht. Die CONAIE, der größte indigene Dachverband im Land, wird von einem internen Streit paralysiert. Die Indígenas, die sich eigentlich gerne des „Buen vivir“ und der Basisdemokratie rühmen, lieferten bei den allgemeinen Wahlen ihres Dachverbandes ein Trauerspiel ab. (Seite 9)

Vertraut mir!“ - Ein Stimmungstest mit Folgen

Die „Consulta Popular“ und ihre Folgen

Eines muss man wissen, wenn man über die politischen Hintergründe der Volksbefragung sprechen will: Die zur Abstimmung gestellten Änderungsvorschläge und Reformen sind zur Lösung der Probleme, mit denen die Regierung die Abstimmung begründet, schlicht und ergreifend nicht nötig, teilweise sogar gar nicht möglich. Jedes einzelne Problem ließe sich auf anderem Wege, als durch eine circa 30 Millionen US-Dollar teure Volksbefragung lösen.

Doch das ist noch nicht alles: Die einzelnen Fragen – jeweils versehen mit einem Anhang, der die juristischen Auswirkungen erläutern soll – sind teilweise derart kompliziert, dass man allenfalls als vollausgebildeter Jurist behaupten kann, man durchschaue sämtliche Konsequenzen der vorgeschlagenen Verfassungs-

WAS STEHT ZUR ABSTIMMUNG I.?

Die „consulta popular“ teilt sich in zwei unterschiedliche Befragungen: In einen echten **Volksentscheid** und eine **Volksbefragung**. Die Fragen 1-5 behandeln Änderungen der erst im Jahr 2008 ratifizierten neuen Verfassung sowie Änderungen in Gesetzestexten, also klare Elemente eines Volksentscheids. Die Fragen 6-10 sind als eine Art Volksbefragung zu verstehen und haben zunächst einmal keinen bindenden Charakter.

Die ersten beiden Fragen des Volksentscheids behandeln **Themen der Strafverfolgung**. So soll es u.a. in Zukunft mehr Möglichkeiten geben, gegen einen unkooperativen Untersuchungshäftling vorzugehen.

Die dritte Frage behandelt den Vorschlag, dem **Banken- und dem Mediensektor** schärfere Vorschriften aufzuerlegen. So sollen Teil- oder Inhaber von Banken nicht gleichzeitig Beteiligungen an Medienfirmen haben dürfen und umgekehrt.

Frage Nummer 4 schlägt die **Einrichtung einer dreiköpfigen Kommission zur Neuordnung des Justizwesens** vor.

Mit Frage 5 soll die „Effizienz“ des Justizwesens gesteigert werden. Dazu soll die in der Verfassung festgeschriebene Bürgerbeteiligung bei der **Auswahl des wichtigen Consejo de la Judicatura** zugunsten des Einflusses der Exekutive geschwächt werden.

oder Gesetzesänderungen. In einem Land mit einer nur schwach ausgeprägten Bürgergesellschaft, gepaart mit einem sehr niedrigen Bildungsgrad bei weiten Teilen der ländlichen Bevölkerung sowie störanfälligen, schwachen demokratischen Institutionen, können komplizierte und umfassende plebiszitäre Verfahren leicht mehr Schaden anrichten als Nutzen bringen.

Leider ist genau das wohl auch die Absicht der Regierung. Die Bürgerinnen und Bürger sollen gar nicht allzu genau wissen, worüber sie da eigentlich abstimmen. Viel wichtiger scheint, dass die Bürger zwischen „gut“, also dem „Ja“ zu den Vorschlägen der Regierung, oder „böse“, also

der Ablehnung dieser Vorschläge, unterscheiden sollen. Correa selbst macht mit

dem Satz „¡confíen en mí!“ – also „vertraut mir!“ – Werbung für das Ja. Der Wähler soll sich nicht mit den Niederungen verfassungsrechtlicher Themen befassen, nein, er soll mit seiner Wahlentscheidung ausdrücken, ob er insgesamt den Präsidenten unterstützt oder nicht.

Das ist natürlich eine ebenso einleuchtende wie perfide Wahlkampfstrategie.

Auch erste Umfragen bestätigen, dass kaum 44 Prozent der Bevölkerung der beiden größten Städte des Landes, Guayaquil und Quito, glaubt, die Fragen des Plebiszits verstanden zu haben. Allerdings ist Nichtwählen auch keine Option, denn im Land herrscht Wahlpflicht. Man kann schon jetzt mutmaßen, dass am 7. Mai ein nicht unbedeutender Teil der Wählerschaft gar nicht so genau wissen wird, worüber er mit seiner Stimme eigentlich entscheidet. So wie es aussieht, wird das allerdings ein Vorteil für das Correa-Lager sein.

Warum überhaupt ein Plebiszit?

Zunächst einmal gehört das Prinzip des „Plebiszits“, des Regierens „nah am Volk“, zu einem der vermeintlichen Grundprinzipien der Regierung Correa. Letztlich basiert die gesamte Legitimation des Präsidenten auf der Unterstützung durch „sein Volk“. Correa ist ein Populist, der alle seine Entscheidungen und Handlungen durch die Verbindung mit dem Volk legitimiert sieht. Und dabei ist ihm auch die von ihm selbst angestoßene und mitgeschaffene neue Verfassung von 2008 nicht heilig. Wenn es seinen Zwecken dient (und damit natürlich automatisch auch seinem Volk), dann können auch Grundsätze der Verfassung einfach über den Haufen geworfen werden. Der Zweck heiligt immer die Mittel. De facto stellt sich Correa damit als Präsident über die Verfassung. Alles ist legitim, solange das Volk dem zustimmt.

Doch nicht nur reiner Populismus treibt Correa zu diesem Plebiszit. Es ist auch der Wille, die eigene Machtbasis auszudehnen und sich für die Zukunft abzusichern.

Der „30. September“ hat Spuren hinterlassen

Und so ist die anstehende consulta popular sowohl Stimmungstest als auch Instrument zur Machterweiterung. Correa will einerseits seinen Kritikern zeigen, dass er die breite Unterstützung des Volkes nach wie vor genießt. Andererseits will er durch die Consulta auch feststellen, wie viel Kredit und wie viel Freiraum das ecuadorianische Volk seinem Präsidenten tatsächlich gewillt ist einzuräumen. So ganz sicher ist man sich über die bedingungslose

Gefolgschaft der Massen im Präsidentenpalast Carandolet nämlich nicht mehr. Und das hat einen Grund: Der 30. September 2010. Am Tag des Polizeiaufstandes musste die Regierung feststellen, dass die wirklichen Freunde und Unterstützer der Regierung nicht so zahlreich sind, wie man immer geglaubt hatte. Als damals Außenminister Ricardo Patiño mit theatralischen Worten und Gesten die Bevölkerung aufrief, den Präsidenten zu „befreien“, folgten nicht besonders viele Menschen dieser Bitte. Correa musste sich am Ende von den Militärs aus dem Polizeikrankenhaus holen lassen – und hat den Uniformierten dafür auch einen politischen Preis bezahlen müssen.

Diese Ereignisse um den 30. September haben sich tief in das Bewusstsein der Truppe um Correa eingegraben. Die Feststellung, dass man sich das Weiterregieren im wahrsten Sinne des Wortes politisch erkaufen musste, weil kein anderer Sektor der Gesellschaft bereit war, für die Regierung einzutreten, war ein Schock.

Die Consulta soll in dieser Hinsicht Abhilfe verschaffen: Die Fragen zur „Justizreform“ sollen dem Präsidenten die Judikative unterordnen und gefügig machen. Nicht mehr und nicht weniger. Mit dem geplanten dreiköpfigen Gremium zur Justizreform sichert sich Correa einen direkten Zugriff auf den gesamten Justizapparat. Seine Getreuen könnten alle missliebigen Richter und Staatsanwälte quasi per Federstrich beseitigen und sich so eine maßgeschneiderte Justiz schaffen, welche dann die „Revolución Ciudadana“ juristisch flankieren kann.

Natürlich ist das Justizsystem in Ecuador dringend reformbedürftig. Wie viele Teile des öffentlichen Sektors gilt auch die Justiz als hochgradig ineffizient und korrupt. Unter dem Vorwand, eben dies endgültig zu beseitigen, will die Regierung dort „direkt Hand anlegen“. Und viele Ecuadorianer sind immer noch

WAS STEHT ZUR ABSTIMMUNG II.?

Die sechste und gleichzeitig erste Frage der nicht bindenden Volksbefragung stellt zur Abstimmung, ob in Zukunft „**ungerechtfertigte private Bereicherung**“ verboten werden soll.

In der siebten Frage wird zur Abstimmung gestellt, ob in Zukunft das **Glücksspiel** in Kasinos und in Spielotheken verboten werden soll.

In der achten Frage müssen die Bürger sich entscheiden, ob in ihrem Kanton **das Töten von Tieren**, wie zum Beispiel beim Hahnenkampf oder beim Stierkampf, verboten werden soll.

Die neunte Frage stellt die Schaffung eines **Medienregulationsrates** zur Abstimmung. Dieser soll Diskriminierung, Sexismus u. ä. in den Medien sanktionieren sowie Kriterien aufstellen, wie „wahre und überprüfte Information“ sichergestellt werden kann.

Frage Nummer zehn behandelt das Thema „**Sozialversicherungen**“. Künftig sollen ausnahmslos alle Arbeitgeber, die ihre Mitarbeiter nicht gesetzlich versichern, gesetzlich belangt werden können.

Detailliertere Informationen (auf Spanisch) zum Inhalt der consulta finden Sie z. B. hier: <http://m.elcomercio.com/consulta2011/>

bereit, ihrem Idol Correa nahezu alles zu glauben. Für diese Menschen reicht ein schlichtes „Vertraut mir“ ihres Präsidenten. Das beweist nicht nur seine andauernde Popularität, sondern auch die tief sitzende Enttäuschung und Ablehnung der „alten Zeiten“.

Weitere ausgewählte Aspekte der Consulta:

Die Frage zum Presserat ist – höflich ausgedrückt – eigentlich überflüssig. Ein Regulierungsorgan, welches Diskriminierung, Sexismus und jugendgefährdende Programme in Rundfunk, Printmedien und Fernsehen verhindern und bei Verstößen ahnden soll, klingt zunächst sehr vernünftig. Allerdings hatte sich die Nationalversammlung bereits im Jahr 2009 nach harten Verhandlungen auf genau einen solchen Regulierungsrat geeinigt. Auch der zweite Teil der Frage birgt im Grunde nichts Neues: Das Gremium soll Kriterien für die Haftbarkeit der Medien für die von ihnen verbreiteten Informationen festlegen, genauer gesagt die „responsabilidad ulterior“ (in etwa „rückwirkende Haftbarkeit“), wie sie auch die „American Convention on Human Rights“, also der Pakt von San José aus dem Jahr 1978 festschreibt. Ecuador hat diese Charta unterschrieben und ratifiziert, so dass man ebenso gut in der Consulta hätte fragen können, „ob man dafür sei, dass die Sonne nach wie vor im Osten aufgeht“ – wie es sehr treffend Alberto Acosta, der ehemalige Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung, formulierte.

Rein spekulativ könnte hinter der Frage aber auch eine andere Absicht Correas stecken: Ursprüngliches Ziel der Regierung war es, den Medienrat mit einer regierungstreuen Mehrheit auszustatten und ihm auch das Recht auf Sanktionen zuzugestehen. Das Organ sollte also in Medienfragen Staatsanwalt und Richter in einer Person werden. Damit wäre der Rat zu einem mächtigen Organ der Zensur mutiert. Doch dieses Gesetzesprojekt stieß in der Asamblea Nacional auf großen Widerstand; selbst die Fraktion des Präsidenten zeigte sich in dieser Hinsicht uneinig und zerstritten. Correa könnte also versucht sein, ein „Ja“ bei dieser Frage in eine Zustimmung zu seinem ursprünglichen Gesetzesvorhaben umzudeuten.

Gleichzeitig ist das Verhalten des Präsidenten in dieser Angelegenheit auch wieder ein klarer Beweis, wie viel er von Gewaltenteilung, internationalen Verträgen und von seinem eigenen Parlament hält.

Die Frage, die Hahnen- und Stierkämpfe zum Thema hat, kann man als Zugeständnis Correas an einen bestimmten Flügel seiner Alianza-País-Truppe verstehen. Innerhalb dieser Gruppierung gibt es sehr engagierte Stierkampfgegner, die von einer „progressiven“ Regierung ein Verbot dieser Spektakel erwarten. Allerdings finden sich in Alianza País auch viele Freunde des Stierkampfes. Wie also löst man dieses Dilemma? Man bringt das Thema in

die Volksbefragung, wobei man die Entscheidung der Wähler nicht auf nationaler Ebene berücksichtigt, sondern ausschließlich auf kantonaler Ebene. Das heißt, es wird nicht über ein nationales Verbot von Tiertötungen bei Festspielen entschieden, sondern lediglich auf kantonaler Ebene. Falls also das Kanton „Villarriba“ sich gegen den Stierkampf ausspricht, wird dort keiner mehr stattfinden. Falls aber das Nachbarkanton „Villabajo“ sich mehrheitlich gegen ein Verbot ausspricht, dann können dort weiterhin Stierkämpfe stattfinden.

Auch auf den ersten Blick moralisch und ethisch geradezu vorbildlich ist auch die sechste Frage der Consulta: „Ungerechtfertigte private Bereicherung“ soll verboten werden. In den armen und weniger gebildeten Schichten des Landes wird diese Forderung auf große Unterstützung treffen. Die Tücke steckt im Detail: Was ist ungerechtfertigt? Damit könnte erstens die Unschuldsvermutung, also ein rechtsstaatlicher Grundsatz auf den Kopf gestellt werden (Muss dann jeder beweisen, dass sein Vermögen gerechtfertigt ist?), und zweitens besteht die Gefahr, damit der Willkür Tür und Tor zu öffnen (insbesondere wenn auch noch die Justizreform bejaht wird). Ferner darf man daran erinnern, dass es Anti-Korruptionsgesetze eigentlich schon genug gibt. Sie müssten nur konsequent angewendet und umgesetzt werden.

Vergleichsweise harmlos hört sich die letzte Frage an: Alle Angestellten, egal ob in großen Firmen oder Kleinbetrieben, sollen zukünftig durch ihre Arbeitgeber in der staatlichen Sozialversicherung registriert sein. Das ist in erster Linie eine wirtschaftspolitische Frage, die von linker Seite eher begrüßt wird, von wirtschaftsnaher Seite zumeist abgelehnt wird. Das Problem liegt allerdings nicht bei den großen Konzernen; diese melden alle ihre Mitarbeiter an und zahlen auch brav den Arbeitgeber Anteil. Schwierigkeiten könnten aber kleinere und Kleinbetriebe sowie Start-up Unternehmen bekommen, denen schlicht und ergreifend das nötige Grundkapital fehlt, um die Kosten einer Anmeldung ihrer Mitarbeiter zu tragen.

Darüber hinaus kann man sich fragen, ob es wirklich nötig ist, aus der Nichtanmeldung eine kriminelle Handlung zu machen; ein Verstoß gegen existierendes Recht ist es nämlich schon heute. Über dieser Frage schwebt natürlich auch die große Gesamtfrage, warum dieses Thema nicht einzig und allein vom Parlament behandelt werden kann.

Und die Opposition...?

Es gibt genügend Gründe, den Sinn und den Zweck dieser Consulta zu kritisieren und zu hinterfragen. Für die zersplitterte und unorganisierte Opposition stellt sie aber auch eine Chance dar. Es gibt nun einen konkreten Anlass, um Anhänger zu mobilisieren, um Strukturen wieder aufzubauen oder zu festigen.

Darüber hinaus gibt es endlich für viele Politiker der Opposition wieder eine Möglichkeit, sich in der Öffentlichkeit zu profilieren.

Die Opposition gegen die Consulta ist zahlreich. Nicht nur die klassischen Gegner Correas machen mobil für das „Nein“, sondern auch ehemalige Verbündete wie die Gruppierung „Ruptura de los 25“ um die Abgeordnete Maria Paula Romo, den Präfekten von Azuay, Paul Carrasco, und den ehemaligen Energieminister und Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung, Alberto Acosta.

Verblüffend ist die Stille aus Guayaquil. Jaime Nebot, christsozialer Bürgermeister der Hafenmetropole und bisher einer der letzten bekannten und populären Fackelträger einer bürgerlich-konservativen Opposition, äußert sich so gut wie gar nicht über die Consulta. In einer Zeit, wo es eigentlich gelten sollte, sich als Führer der Opposition zu profilieren, zieht Nebot eine abwartende Haltung vor. Damit versetzt er seiner politischen Heimat, der Partido Social Cristiano (PSC), einen herben Schlag. Seine Popularität hätte zu einer Wiederbelebung der Traditionspartei führen können. Doch es scheint, als gäbe es zwischen Nebot und Correa eine Art Stillhalteabkommen. Correa lässt ihm seine „Spielwiese Guayaquil“, im Gegenzug verzichtet Nebot auf die Rolle des nationalen Oppositionsführers.

Für die fragile ecuadorianische Opposition wie auch für die Demokratie im Land wäre die Existenz eines solchen „Gentlemen-Agreements“ natürlich alles andere als hilfreich.

Diplomatische Krise zwischen den USA und Ecuador

Der Bericht „572“

Im Jahr 2009 hatte die US-Botschafterin in Ecuador in einem internen Kabelbericht nach Washington die bereits 2008 erfolgte Ernennung von Jaime Hurtado Vaca zum neuen Kommandanten der Nationalpolizei durch Staatspräsident Rafael Correa kritisch kommentiert.

Heather Hodges schrieb in ihrem Bericht an das State Department, dass der Kommandant in politischen Kreisen allgemein als korrupt bekannt sei. Er nutze seinen neuen Posten zu seiner persönlichen Bereicherung und behindere Ermittlungen gegen unter Korruptionsverdacht stehende Kollegen.

Interessant ist aber vor allem folgender Hinweis der Diplomatin: In ihrem Kommuniqué schreibt die Botschafterin, dass durchaus die Möglichkeit bestehe, dass Correa über die Machenschaften von Hurtado bestens informiert sei, und

ihn gerade deshalb zum neuen Kommandanten ernannt habe. Ein korrupter Kommandant der Polizei, über den man belastendes Material schnell zur Hand habe, sei halt einfacher zu manipulieren.

Diese Aussagen der Botschafterin wurden durch Wikileaks nun ausgesuchten Zeitungen in Europa zugespielt. Die spanische Tageszeitung „El País“ veröffentlichte Teile der zwei Jahre alten Berichte. Für den ecuadorianischen Präsidenten sind die Bemerkungen und Einschätzungen der Diplomatin umso peinlicher, weil er sich seit seinem Amtsantritt stets als erster Kämpfer gegen Korruption, Vetternwirtschaft und Klüngel zu präsentieren versucht.

Die Reaktion der ecuadorianischen Regierung ließ nicht lange auf sich warten. Die Regierung zeigte sich „not amused“, bestellte die Botschafterin zu einem Gespräch ein und erklärte sie im Anschluss zur „Persona non grata“. Hodges soll nach Worten des ecuadorianischen Außenministers Ricardo Patiño das Land so schnell wie möglich verlassen. Er fügte noch hinzu, dass er nicht hoffe, diese Entscheidung werde die Beziehung seines Landes mit den USA belasten, schließlich habe man nicht mit der US-Regierung Streit, sondern nur mit der Botschafterin, die „schwerwiegende Aussagen“ getätigt habe.

Die Obama-Administration sieht das aber offensichtlich nicht so. In einer ersten Reaktion hatte das State-Department die Ausweisung für ungerechtfertigt erklärt. Die US-Regierung wollte aber zunächst beraten, wie man „angemessen“ auf das Vorgehen der Regierung von Correa reagieren könnte. Die Antwort kam dann doch recht schnell: zwei Tage nach dem Rauswurf der US-Diplomatin erklärten ihrerseits die Amerikaner den ecuadorianischen Botschafter in Washington, Luis Gallegos, zur unerwünschten Person.

Was steckt dahinter?

Was hinter dieser Aktion der Correa-Regierung steckt ist schwer zu sagen. Objektiv bringt Correa der Rauswurf der US-Botschafterin gar nichts. Eher im Gegenteil. Die USA haben, wie es eigentlich den diplomatischen Gepflogenheit entspricht, mit einem „quid pro quo“ geantwortet und darüber hinaus die für Juni geplanten bilateralen Gespräche auf Eis gelegt. Doch muss das nicht heißen, dass die Regierung in Washington nicht noch andere Konsequenzen zieht.

Die US-Botschafterin hat in ihren Berichten lediglich von der „Möglichkeit“ gesprochen, dass Correa über die Verwicklungen des Kommandanten Bescheid wusste und auf mehrere politische Analysten verwiesen. Von einer Unterstellung durch die Botschafterin kann insofern nur sehr schwer die Rede sein.

Ob die breite Bevölkerung in stürmischen Applaus ausbrechen wird, weil endlich ein „souveräner“ Präsident mal den „Gringos“ die Meinung sagt, bleibt ebenfalls abzuwarten. Denn auch die Bevölkerung weiß, dass es in der ecuadorianischen Polizei sehr schwerwiegende Fälle von Korruption gab und gibt. Und daran hat auch Correa, der ja mittlerweile seit vier Jahren regiert, nichts geändert. Und die USA gehören zu den größten Geldgebern des Landes im Bereich Entwicklungszusammenarbeit. Auch für die normalen wirtschaftlichen Beziehungen wird sich diese Aktion wohl kaum als hilfreich und förderlich erweisen. Hier ist vor allem der Andean Trade Promotion and Drug Eradication Act zwischen Peru, Ecuador, Bolivien und Kolumbien sowie den USA in den Blickpunkt gerückt. Dieser Pakt gewährt den teilnehmenden Andenstaaten Handelsvorteile mit den USA. Das Übereinkommen muss neu verhandelt werden, und in Ecuador gibt es nun die Befürchtung, dass die USA diese Übereinkunft aus Verärgerung nicht erneuern. Allerdings würde diese Reaktion nicht nur Ecuador, sondern möglicherweise auch die den USA freundlicher gegenüberstehenden Staaten Peru und Kolumbien treffen.

Auf der anderen Seite werden allerdings nur wenige Ecuadorianer sich über diese Reaktion ihrer Regierung länger aufregen und es dieser nachtragen. Zu gut ist vielen in Erinnerung, dass es lange Jahre die US-Amerikaner waren, die sich regelmäßig in den oberen Rängen des ecuadorianischen Militärs und der Polizei ihre Spitzel und Informanten einkauften – also genau die Korruption unterstützten und förderten, die sie in den Berichten kritisieren.

Insgesamt überrascht aber schon die heftige Reaktion von Rafael Correa. Es spricht vieles dafür, dass der für seine emotionalen Ausbrüche berühmte Staatschef sich auch hier zu einer nicht sachlich fundierten Reaktion verleiten ließ. Darüber hinaus ist die Logik der Argumentation der Botschafterin durchaus schlüssig und für Kenner des Landes durchaus nachvollziehbar. Einem aufmerksamen Beobachter der Geschehnisse könnte in diesem Zusammenhang also sehr leicht der schöne Spruch „Nur der getretene Hund bellt.“ in den Sinn kommen.

Hausgemachte Selbstzerfleischung

Es gab eine Zeit, da fürchteten die ecuadorianischen Präsidenten die CONAIE. Es gab eine Zeit, da waren die Indígenas maßgeblich am Sturz mancher Staatsoberhäupter beteiligt. Diese Zeiten sind aber längst vorbei. Kämpfen tun die verschiedenen Untergliederungen und regionalen Indígena-Verbände

heutzutage viel lieber untereinander. Die einzelnen Interessengruppen sind heute derart geteilt, verfeindet und zerstritten, dass sie sich nicht einmal auf einen neuen Vorsitzenden des Dachverbandes einigen konnten. Oder besser gesagt: Es wurde zwar jemand gewählt, nur ist ein beachtlicher Teil der Verbände und ihrer Anhänger nicht bereit, diese Wahl anzuerkennen.

Gewählt wurde am 2. April Humberto Cholango, ein Vertreter des regionalen Verbandes ECUARUNARI. Doch Cholanga hatte einen starken Gegenkandidaten: den ehemaligen und langjährigen Bürgermeister von Cotacachi, Auki Tituaña. Das Wahlergebnis lautet wie folgt: Cholango erreichte 472 Stimmen, Auki Tituaña brachte es lediglich auf 353. Den Ausschlag für den Sieg Cholangas brachten ausgerechnet die Stimmen von Carlos Viteri und der ECORAE aus dem Oriente. Diese Gruppe steht auf Seiten Correas, weshalb sich Cholanga auch sofort dem Vorwurf ausgesetzt sah, ein „Correista“ (ein Correa-Freund) zu sein. Doch so richtig unterhaltsam und hobby-machiavellistisch wird es erst danach: Es steht die Wahl des Stellvertreters von Cholango an – und Auki Tituaña wirft abermals seinen Hut in den Ring. Gegenkandidat ist Pepe Acacho aus dem Volk der Shuar. Carlos Viteri und Pepe Acacho scheinen nicht die besten Freunde zu sein, denn die Gruppe um Viteri will nun Tituaña unterstützen. Doch diese Rechnung haben sie ohne Humberto Cholango gemacht, der seine Truppen nun auf die Seite Pepe Acachos führt und dadurch dafür sorgt, dass sowohl Autki Tituaña, als auch Carlos Viteri komplett leer ausgehen.

Die überrumpelte Verliererseite schaltete daraufhin auf stur und zeigte sich nicht gewillt, auch nur die Wahl Cholangas anzuerkennen. Nach ihrer Meinung – so brachten sie vor – müsse ein neuer Vorsitzender die absolute Mehrheit aller Kongressteilnehmer auf sich vereinigen, Cholango habe aber nur die relative Mehrheit hinter sich gebracht.

Die unterlegene Gruppe konnte sich zwar mit dieser Meinung innerhalb des Kongresses nicht durchsetzen, aber sie war stark genug, um diesen durch ein Verlassen der Versammlung entscheidungsunfähig zu machen. Sprich: Das nötige Quorum um die weiteren Posten in der CONAIE zu bestimmen war nicht mehr vorhanden. Der Kongress ging zu Ende, ohne das Cholango offiziell in das Amt eingeführt werden konnte. Daraufhin erhoben sich Stimmen, die verlangten, dass der bisherige Vorsitzende Marlon Santi weiter geschäftsführend im Amt bleiben müsse, bis ein neuer Kongress den Nachfolger offiziell im Amt eingeführt habe. Bisher lehnt Santi selbst dieses Anliegen ab und unterstützt den Anspruch Cholangos.

Wie auch immer dieser interne Machtkampf ausgehen mag, er schwächt die Schlagkraft der Indígenas angesichts der anstehenden Consulta erheblich. Der lachende Dritte sitzt (wiedermal) im Präsidentenpalast Carandolet. Correa hatte schon des Öfteren die Führungen der einzelnen Indígena-Verbände als „infantil“ bezeichnet und erklärt, die Basis stünde hinter keinem dieser „vermeintlichen Indígena-Führer und ihrem Kindergarten“, sondern in Wirklichkeit hinter ihm.

Henning Senger

Der Autor ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Quito, Ecuador.

IMPRESSUM

Erstellt: 07.04.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,

Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de